

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 153/2016
Kiel, Mittwoch, 27. April 2016

Energie/EEG-Novelle 2016

Oliver Kumbartzky: Auf technische Weiterentwicklungen muss die Politik endlich reagieren

In seiner Rede zu TOP 35 und 45 (EEG-Novelle 2016 und Abstände zur Wohnbebauung) erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wir brauchen größere Abstände bei der planerischen Ausweisung von Windkraftanlagen. Und genau zu diesem Thema wollten wir mit unserem Antrag frühzeitig eine sachliche Debatte starten. Mit Bedauern und Unverständnis haben wir dann im Wirtschafts- und im Umweltausschuss erleben müssen, dass SPD, Grüne und SSW offenbar nicht zu einem Dialog gewillt sind. Nicht mal eine schriftliche Anhörung zum Thema Abstände war von der Ein-Stimmen-Mehrheit gewollt. Das zeugt von absolut schlechtem parlamentarischem Stil.

Bei der Anhörung hätten sowohl die Windbranche, als auch die Bürgerinitiativen und die Grundbesitzerverbände zu Wort kommen können. Und ich halte eine ernsthafte Debatte dazu für wirklich wichtig - und zwar zeitnah, denn die Planungen schreiten voran. Indem wir in unserem Antrag bewusst keine Zahlen genannt haben, wollten wir Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition eine Brücke bauen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie nicht über diese Brücke gehen wollten. Da uns das Thema aber wirklich wichtig ist und wir nicht einfach so einen Änderungsantrag zu einer Beschlussempfehlung stellen wollten, sondern weil wir eine ernsthafte Ausschussberatung wollen, kündige ich hiermit schon einmal einen erneuten Antrag der FDP-Fraktion mit konkreten, konstruktiven Vorschlägen zur nächsten Plenarsitzung an.

Wir sind der Meinung, dass der so genannte Winderlass der Landesregierung dringend überarbeitet werden muss. Schon bei der planerischen Ausweisung von Vorrangflächen sollten größere Abstände gelten.

Eine rein pauschale Erhöhung ist allerdings weder sachgerecht, noch verhältnismäßig. Unserer Meinung nach bedarf es anlagenhöhenabhängiger Abstände, die über die bisherigen, von der Rechtsprechung entwickelten, immissionsschutzrechtlichen Abstände hinausgehen. Dafür brauchen wir landesrechtliche Abstandsvorschriften mit differenzierten, dynamischen Abstandsregelungen.

Wir halten viele der von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Bedenken für berechtigt. Die aktuellen Mindestabstände von nur einigen Hundert Metern stammen schließlich noch aus einer Zeit, als die Anlagen erheblich kleiner waren als heute. Vor einigen Jahren waren die Anlagen in der Regel zwischen 80 und 100 Metern hoch. Heute sind es hingegen um die 150 bis 200 Meter. Auf diese technische Weiterentwicklung muss die Politik endlich reagieren. Man kann die Sorgen der Menschen doch nicht mit einer Basta-Politik vom Tisch wischen. Ein möglicher Wertverlust von Immobilien durch eine Ansiedlung von Windenergieanlagen in deren unmittelbarer Nachbarschaft muss so gering wie möglich gehalten werden. Zudem sind die gesundheitlichen Auswirkungen der Windenergienutzung auf den Menschen weiter zu erforschen.

Ein weiteres Thema, über das wir heute debattieren, ist das EEG. Die Koalition fordert mit ihrem Antrag eine deutliche Anhebung der Ausbauziele. Hierzu möchte ich zunächst einmal grundsätzlich feststellen, das für uns Freie Demokraten folgendes gilt: Vorrangig sind für uns der Ausbau der Stromnetze und die Entwicklung technisch wirksamer sowie ökologisch und wirtschaftlich sinnvoller Stromspeichersysteme. Es muss sichergestellt werden, dass die Schwankungen in der Energieerzeugung in ökonomisch und ökologisch sinnvoller Weise aufgefangen werden können. Und es müssen Antworten auf die grundlegenden technischen Probleme gefunden werden. Dazu sind öffentlich geförderte F&E Projekte ein geeigneter Weg.

Einen zügellosen Ausbau Erneuerbarer Energien gegen die Interessen der Bevölkerung darf es auf keinen Fall geben. Darauf ist auch bei der EEG-Novelle zu achten. Wir fordern eine grundlegende Anpassung bei der Förderung der Erneuerbaren Energien. Man muss feststellen, dass Fehlanreize bei der Förderung Erneuerbarer Energien zu überhöhten Energiepreisen und daraus folgend zu einem immer stärker wachsenden Akzeptanzverlust für die Energiewende führten. Das gilt sowohl bei der Bevölkerung als auch bei Wirtschaftsunternehmen, die stetig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Bisherige Korrekturen am EEG waren nur Kosmetik. Ich sage nicht, dass man das EEG sofort abschaffen sollte. Und ich hielte es auch für falsch und geradezu fatal, wenn kleine Akteure und Bürgerwindparks zukünftig keine Chance mehr hätten. Akteursvielfalt, regionale Eigenstromkonzepte und Bürgerenergie sollten auch zukünftig möglich sein. Aber ich sage und meine auch, dass das EEG für mehr Markt- und Systemintegration angepasst werden muss.

Die Anfangswirkungen des EEG waren gut und das EEG hat die Erneuerbaren auf Kurs gebracht. Auf Sicht muss es allerdings zu einer Überführung der erneuerbaren Energien in einen von Wettbewerb und Bedarfsgerechtigkeit geprägten Markt kommen.

Zusammenfassend und abschließend stelle ich noch einmal fest, dass wir uns dringend über die Abstandsregelungen unterhalten und verständigen müssen. Und überhaupt sind in Sachen Windenergie Konflikte sind zu lösen. Ein Zubau von Windenergieanlagen darf nicht erzwungen werden. Schließlich muss das Ziel der Energiewende realistisch umgesetzt werden.“